

## **Abkehr vom Kalten Krieg**

Seit der Aussprache zwischen Eisenhower und Chruschtschow bei dessen Besuch in Amerika ist einiges Eis im Kalten Krieg gebrochen, wenn auch namhafte Kalte Krieger durch ihr Warnen und Zweifeln halsstarrig versuchen, das entstandene mildere Weltklima zu stören. Viel mehr hat nämlich das Treffen der Führer der beiden stärksten Weltmächte nicht gezeitigt als eine Veränderung der politischen Atmosphäre in der Welt. Der Chefredakteur der Süddeutschen Zeitung schrieb in seinem Leitartikel über die Auswirkung der Begegnung Eisenhower—Chruschtschow ganz treffend, seit diesem Ereignis dürfe man unbesorgt über Ko-Existenz sprechen, während man vorher gefaßt sein mußte, mit derartigen Äußerungen die Aufmerksamkeit des Verfassungsschutzes auf sich zu ziehen.

In der heutigen Welt herrscht ein früher unbekannter Konformismus. Für das westliche Lager ist in der Regel das tabu, was der führende Staat jenseits des Nordatlantik dafür hält. Umgekehrt richten sich die Ostblockländer danach, was aus Moskau zu wichtigen Fragen verlautet. Und da nun die beiden führenden Mächte sich heute freundlicher gegenüberstehen, schwenken auch ihre Schutzbefohlenen oder Satelliten mehr oder weniger auf die neue Linie ein. Von den beiden Großmächten USA und UdSSR hängt wegen des Anlehnungsbedürfnisses ihrer Trabanten und dem hieraus entspringenden Konformismus in der Tat einstweilen das Schicksal der Welt ab. Eine solche Entwicklung haben übrigens weitblickende Männer wie A. Toqueville u. a. schon vor mehr als 100 Jahren vorausgesehen. Nordamerika und Rußland repräsentieren, oberflächlich gesehen, die größten Gegensätze. Aber in ihrem öffentlichen Klima haben sie vielerlei Verwandtes. Dies sagte schon Ende der zwanziger Jahre in einem Vortrag der Reisephilosoph Graf Keyserling nach einem Studienaufenthalt in den USA. Aus seinen Erfahrungen in Amerika zog er die Erkenntnis, es gebe in der Welt merkwürdigerweise nichts Gegensätzlicheres als die Lebensart der Engländer und der Amerikaner. In England strenge Beachtung der privaten Lebenssphäre und Verabscheuung der Prostituirung des privat-menschlichen Bereichs vor der Öffentlichkeit. In Amerika dagegen keine private Lebenssphäre, dort alles für und durch die Allgemeinheit, jeder sich dieser Lebensauffassung zu unterwerfen gezwungen, der sich nicht unmöglich machen wolle. Er, Graf Keyserling, könne sich andererseits nichts Ähnlicheres denken als den way of life in Amerika und in Rußland. Im neuen Rußland gebe es auch keinen privaten Lebensbereich, alles gehöre zum öffentlichen, staatsgesellschaftlichen Bereich. Eine ähnliche Erkenntnis zog neuerdings der indische Ministerpräsident Nehru. Er besuchte vor mehreren Jahren die USA und später auch die UdSSR. Nach seiner Rückkehr aus Moskau sagte er bei der darauffolgenden Pressekonferenz in New Delhi, er habe gefunden, daß Amerika und Rußland mancherlei Ähnlichkeit hätten.

Die maßgebenden Staatsmänner und Politiker des Westens, insbesondere in England und Amerika, sind heute willens, die Welt aus ihrer Agonie zu lösen und sich mit der Ko-Existenz mit dem kommunistischen Osten abzufinden, nachdem sie die Ko-Existenz theoretisch, das heißt mit Worten, schon seit Jahren für unausweichlich erklärt hatten. Ko-Existenz bedeutet aber auch die Anerkennung des status quo. Gegen diese Tatsache — wohlgermerkt Tatsache, nicht Politik — widersetzt sich noch eine Minderheit der politischen Kräfte. Diese Minderheit hat ihre hartnäckigsten Verfechter in Bonn. Solche Politiker möchten nicht sich mit dem status quo abfinden, vielmehr den status quo ante, den früheren Zustand, wieder herstellen. Lieber würden sie den Kalten Krieg, die bisherige welt-

politische Agonie vorziehen, mit der ständigen Gefahr des Ausbruchs eines Weltbrandes, auch um den Preis der Vernichtung der ganzen Schöpfungswelt, als die nun einmal geschaffenen harten Tatsachen anerkennen.

Was können wir eigentlich noch hoffen? Weder kann der Osten fordern und erwarten, daß der Westen seine grundsätzlich auf dem freiheitlichen Prinzip der Selbstverantwortlichkeit und Selbstbestimmung des Individuums gegründete Lebensauffassung preisgibt zugunsten einer besseren Ko-Existenz mit dem totalitären Osten. Aber ebensowenig vermag der Westen den Osten zu bewegen oder gar zu zwingen, sein gesellschaftliches System aufzugeben. Vorläufig müssen diese beiden Lebensauffassungen nebeneinander existieren und sich gegenseitig dulden. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, daß die eine Welt für immer in zwei entgegengesetzte Lebensbereiche getrennt bleiben muß. Nichts ist von ewigem Bestand. Alles ist in Fluß, wie schon H e r a k l i d erkannt hat.

Eine Einigung, ein Zusammenwachsen der zweigeteilten Welt in eine homogene Eine Welt wird kaum vom Politischen her zu erwarten sein, es geschähe denn ein Wunder. Der geografische Bestand der sogenannten Volksdemokratien basiert im wesentlichen auf dem Hitlerkrieg. Die Grundlage zum status quo wurde bereits auf der Konferenz von Jalta geschaffen. Dies festzustellen erfordert die Pflicht zur Wahrheit, weil ohne sie falsche Urteile und manche bei uns herrschende Tabus nicht aussterben. Dort vereinbarten die drei Alliierten, jeder von ihnen solle in den von seinen Streitkräften besetzten Gebieten provisorische Regierungen einsetzen, die ihm sympathisch gesinnt seien. Demgemäß haben dann nach ihrem gemeinsamen Siege alle gehandelt, die Amerikaner, die Briten (und Franzosen), wie auch die Sowjets. Auf die Abmachungen in Jalta ist zurückzuführen, daß in den durch die Sowjets besetzten Ländern Regierungen unter kommunistischer Führung ans Ruder kamen. Daß der Regierungswechsel 1948 in Prag durch die sowjetische Besatzungsmacht herbeigeführt wurde, ist eine unbewiesene Behauptung. Man muß sich nur die während der ersten Nachkriegsjahre in allen ehemals durch Hitler besetzten Ländern herrschenden chaotischen und daher labilen Zustände vorstellen, um zu begreifen, wie leicht es damals dynamische Kräfte, etwa die Kommunisten, hatten, sich die Führung zu erobern, sofern sie von der Besatzungsmacht nicht daran gehindert wurden. Und gehindert wurden die Kommunisten in Prag von den Sowjets verständlicherweise wohl nicht. Ein anderer Fall ist der ungarische Aufstand im Herbst 1956. Gegen eine rein sachliche Beurteilung jener Ereignisse besteht bei uns im Westen heute noch allgemein ein Tabu. Unbestritten ist, daß die nach dem Staatsvertrag zwischen der Sowjetunion und Ungarn rechtmäßig im Lande befindlichen sowjetischen Schutztruppen sich zunächst gar nicht in den ausgebrochenen Bürgerkrieg einmischten. Der neue Regierungschef Imre N a g y und einige seiner Mitarbeiter waren ja alte Kommunisten, die von ihren stalinistischen Vorgängern unter R a k o s i jahrelang eingekerkert und schwer mißhandelt worden waren. Zu ihnen zählte auch K a d a r, der während des Aufstandes die Parteiführung und Regierung übernahm und sie noch heute inne hat. Ihre Befreiung verdankten die neuen Männer der durch Chrustschow erst in der Sowjetunion durchgesetzten Abkehr vom Stalinismus. Nagy kündigte ultimativ den bestehenden Vertrag zwischen Ungarn und der Sowjetunion und rief die Westmächte um militärische Hilfe gegen die verbündeten Sowjettruppen an. Dabei war er offenbar nervös und schwächlich, das Werkzeug zügelloser, von rechtsradikalen Drahtziehern aufgepeitschten Volkshaufen von der Straße. Wie anarchistisch sich die Zustände entwickelt hatten, erhellt daraus, daß die Funktionäre der stalinistischen Ära als Freiwild gehetzt, aufgehängt, ja gekreuzigt oder sonst gemordet, ja haufenweise in unterirdische Gänge getrieben wurden, um dort erbarmungslos erstickt

oder ersäuft zu werden. Wenn gleichzeitig die bisher unbeteiligt gebliebenen sowjetischen Besatzungstruppen angegriffen, ihre Panzer umgestürzt und zerstört wurden, so ist es nicht verwunderlich, daß dann die sowjetische Schutzmacht ein- griff und Ordnung schaffte. Man denke sich den umgekehrten Fall in West- deutschland und stelle sich vor, wie sich da die westlichen Schutzmächte verhalten würden, wenn die deutsche Regierung nicht mehr Herr der Lage wäre.

Hätte Ungarn damals kluge und beherzte Männer an der Spitze gehabt, die sich für ihr Tun und Lassen nur halbwegs das Vertrauen der Sowjets zu erwerben verstanden hätten, dann würden die Dinge einen anderen Verlauf genommen haben — vielleicht! Ungarn hätte dann ein Regierungs- und Gesellschaftssystem mehr westlicher Prägung erlangen können ähnlich wie Finnland, das trotz sowje- tischer Besetzung nicht bolschewistisch wurde, trotzdem es sogar bis 1918 zum russischen Staatsgebiet gehörte. Hätte damals Finnland Männer in der Führung gehabt wie den früheren Ministerpräsidenten T a n n e r, der es als Sozial- demokrat 1941 fertig brachte, sein Land mit Hitler zu verbünden, dann hätten die Finnen vermutlich heute eben ein Rätssystem und wären wieder ein Bestandteil Rußlands, das heißt der Sowjetunion. Aber zu ihrem Glück hatten die Finnen kluge Männer in der Regierung, wie etwa P a a s i k i w i, die es trotz ihrer politisch konservativen Einstellung verstanden, den Sowjets Zugeständnisse zu machen, die diese befriedigten und die sich dadurch deren Vertrauen verdienten.

Der status quo ist heute fest verankert. Der Zeitpunkt, ihn durch Verhandlungen, auch durch Konzessionen, wieder zu verändern, ist leider versäumt worden. Das Zuwarten so lange, bis der Westen vom Fundament der Stärke aus mit der Sowjetunion verhandeln könne, hat sich als großer Trugschluß des Westens erwiesen. Eine Veränderung des status quo wäre nur noch mit Gewalt denkbar. Aber ein Krieg bedeutet beim heutigen Stand der Waffen nur das Ende aller Dinge. Deshalb will niemand einen Krieg riskieren. Somit verdanken wir das Ausbleiben des Krieges zunächst dem Gleichgewicht des Schreckens. Ist dies aber ein befriedigender, auf die Dauer haltbarer Zustand für unsere Welt?

Da man aus einem Kommunisten keinen westlichen Demokraten und aus einem westlichen Demokraten keinen Kommunisten machen kann, da also auf politisch- ideologischem Gebiet keine Übereinstimmung zu erreichen ist, andererseits aber auch ein Weiterkommen mit kriegerischen Mitteln ausscheidet, müssen wir darum alle Hoffnungen fahren lassen? Eine Hoffnung sehe ich vorläufig nur auf dem wirtschaftlichen Wege. Wenn immer wieder gesagt wird, der Westen habe keine zugkräftige Idee, so geht eine solche Meinung an den Realitäten vorbei. Den meisten Menschen liegt vor allem daran, ihr Leben möglichst gut zu fristen. Das entspricht dem Urtrieb aller Kreatur. Aus diesem Bedürfnis nähren sich auch die Revolutionen. Solche kommen in normaler, ruhiger Zeit nie zum Ausbruch, sondern nur, wenn die Völker durch Not in Unruhe gekommen und seelisch-geistig labil geworden sind. Auch L e n i n und seinen Leuten wäre im Herbst 1917 die Revolution in Rußland nicht gelungen, wenn die russischen Völker nicht bereits durch unvorstellbare Blutopfer, Leiden und Hungersnot müde gewesen wären. Den russischen Menschen, überwiegend landlose Bauern und Tagelöhner, war es nicht um eine von den Kommunisten verkündigte großartige Idee, sondern darum zu tun, das ihnen mit der Idee versprochene, bisher durch sie in karger Fron be- baute Land als ihr Eigentum zu bekommen. — Im Herbst 1918, nach Ausbruch der Revolution in Deutschland, konnte man auch in süddeutschen Gegenden, wo es Fideikommißgüter gab, erkennen, daß die Bauern, die früher konservativ und später deutschnational wählten, ganz gerne vor die Schlösser der Fideikommiß- besitzer gezogen wären, um diese zur Abgabe ihrer Güter an die Bauern zu zwingen.

Nicht mit Unrecht heißt es: Wirtschaft ist Schicksal. Neuerdings denkt ein Teil der maßgebenden Männer in Washington über den Krieg, für oder gegen den bisher ungeheure Mittel vergeudet wurden, hinaus an die kommende Wirtschaftskonkurrenz der Sowjetunion, mit der spätestens in 7 bis 10 Jahren gerechnet wird. Manche fürchten, daß die Sowjets dann die unterentwickelten Länder durch massive Wirtschaftshilfen für sich zu gewinnen versuchen werden. Solche Pessimisten halten dies für noch gefährlicher als den Kalten Krieg, der auch die Sowjets zwingt, ihre Verbrauchsgüterproduktion für einen höheren Lebensstandard zu drosseln, zugunsten der Rüstungsproduktion, und glauben, dadurch ihre Wirtschaftskonkurrenz schwächen zu können.

In Amerika und zusehends auch in Westeuropa schreitet die Zusammenballung der Wirtschaftsunternehmen in Konzernen rasch voran. Hand in Hand damit geht die Rationalisierung und Automatisierung der Produktion. Durch die damit erreichte Massenfertigung und Kostendegression für das einzelne Erzeugnis ist der Handwerker und der größte Teil des sonstigen Mittelstandes nicht mehr konkurrenzfähig. Er stirbt, wie bereits in Amerika, so auch in Europa allmählich aus. Mehr und mehr kann auch die Industrie nicht mehr vom Eigentümer persönlich geleitet werden oder es ist in Gestalt der Aktionäre gar kein persönlicher Eigentümer im realen Sinn mehr vorhanden. Welcher Unterschied besteht dann letzten Endes für den Arbeitnehmer, ob er unter der Leitung von Managern des Privatkapitals oder, wie in den Rätestaaten, des Staatskapitals arbeitet?

In der europäischen Landwirtschaft kann der Klein- und Mittelbetrieb nicht nur wegen des Fehlens von billigen Arbeitskräften, sondern mindestens nicht weniger wegen des Zwanges zu kapitalintensiver Rationalisierung gleichsam nicht mehr in der bisherigen Weise existieren. Es ist bezeichnend, daß unlängst der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Rehwinkel, und auch der Landwirtschaftsminister den Bauern in Niedersachsen empfehlen mußten, zwecks Erhaltung ihrer Existenz mit einem menschenwürdigen Dasein sich genossenschaftlich zur Bewirtschaftung ihrer Betriebe zusammenzuschließen. Dies bedeutet mehr oder weniger eine Nachahmung oder doch eine Annäherung an das russische Kolchosensystem. Übrigens existiert in dem südwürttembergischen Bauerndorf Häusern bei Biberach/Riss seit 35 Jahren ein ermutigender Testfall. Nach dem I. Weltkrieg unternahm es Professor Münzinger von der landwirtschaftlichen Hochschule Hohenheim, in jenem Dorf die Bauern zur genossenschaftlichen Bewirtschaftung ihrer Gutsbetriebe zu bewegen. Dank der dazu gewährten staatlichen Finanzhilfe gelang ihm das in überraschend kurzer Zeit. In einem späteren Bericht sagte Professor Münzinger, nicht die Aufgabe der Bewirtschaftung ihrer eigenen Felder und das Sicheinfügen in einen Gesamtplan habe die größte Schwierigkeit bereitet, sondern die Aufgabe der Pferdehaltung, weil letztere Maßnahme den Bauernstolz verletzte. Heute möchten die Bauern das genossenschaftliche Wirtschaften nicht mehr aufgeben.

Wir erleben, daß in der freien Wirtschaft des Westens die Leitung der Betriebe mehr und mehr aus der Hand der Privateigentümer in die Hand von Funktionären, Managern, gelegt wird. Andererseits vollzieht sich seit einigen Jahren in der Sowjetunion ein Prozeß, in dem die Staatsbürokratie aus der Führung der Betriebe ausgeschaltet wird, zugunsten einer Betriebsführung durch Fachleute, Manager. Auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften (Kolchosen) erhielten seit Auflösung der staatlichen Traktorenstationen immer größere Unabhängigkeit und Selbstverwaltungsbefugnisse, denn die kommunistischen Führer mußten einsehen, daß ohne den Anreiz des persönlichen Interesses, von dem ja die freie Wirtschaft ausgeht, auch im kommunistischen Staat nicht auszukommen ist.

Mit der Steigerung des Lebensstandards und der Wohlhabenheit in den Ostblockländern wird sich das menschliche Dasein dort mehr und mehr dem des Westens nähern. Der Sowjetbürger wird Kapital (Sparkapital) ansammeln, er wird ein Haus mit Komfort, ein Auto und andere Dinge sich leisten, wie sie zu einem gehobenen Lebensstandard gehören, was ja in gleicher Weise die Sehnsucht des westlichen Menschen ist. Er wird auch seinen Kindern eine bessere Bildung angeeignet lassen, wird das Bedürfnis nach kulturellen Gütern befriedigen und nicht zuletzt größere Selbstverantwortung und Freizügigkeit verlangen. Dieses Verlangen wird sich auf mehr Bewegungsfreiheit nach außen, auch in das westliche Ausland erstrecken. Werden durch die Produktionssteigerung und den daraus entstehenden Aufschwung des Außenhandels die Devisenschranken letztlich auch im Osten überflüssig, so sind schon die ersten Hürden zwischen der jetzigen zweigeteilten Welt genommen. Dadurch wird von selbst das Freund-Feindverhältnis abgeschliffen und das Minderwertigkeitsgefühl des Ostens beseitigt werden.

Mögen die Ewiggestrigen und Furchtsamen das wirtschaftliche Erstarken der Sowjetunion und anderer östlicher Länder fürchten und deren stärkeres Auftreten auf dem Weltmarkt als Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln bezeichnen. Wem wirklich am Wohl der Menschen, an ihrem gedeihlichen Neben- und Miteinanderleben und damit an der Erhaltung des Friedens in der Welt gelegen ist, der wird den gesunden Wettstreit mit wirtschaftlichen ebenso wie mit geistigen Gütern nicht fürchten, sondern begrüßen.

Prof. Dr. Hans Rheinfelder

## **Gedanken in der Weihnachtszeit**

Weihnachten ruft die europäische Menschheit zur Besinnung auf, ob sie christlich ist oder nicht. Die Christenheit gedenkt des zentralen Ereignisses der Weltgeschichte, daß Gott selbst die menschliche Natur angenommen hat, um die Menschheit in sich heimzuziehen. Aus dem christlichen Festtag ist auch für die Nicht-Christen Europas das große Familienfest des Jahres geworden, an dem sich im Denken und im Schenken herzliche Liebe bekunden will. Es fällt in die Zeit der kurzen Tage und der langen Nächte, in die Zeit des Winterschlafs der Natur, in die Zeit der stillen Stunden in der Geborgenheit des Heims, in die Zeit fruchtbaren Innehaltens. Auch die Politiker haben in manchen Jahren um Weihnachten einen „Burgfrieden“ ausgeschrieben. Mehr als ein solcher Waffenstillstand von wenigen Tagen sind heute zu Weihnachten dem politischen Denken Tage der Einkehr vonnöten, Tage der Verinnerlichung, der Selbsterkenntnis, des Eingeständnisses, der Klärung oder der Umkehr.

„Jeder kehre vor seiner eigenen Tür!“ ist ein gutes, altes Wort. So möchte denn in den heiligen Tagen, in denen die Zeit in ihrem Laufe stillzustehen scheint, die tadelnd und verurteilend nach Osten gerichtete Hand für eine Weile sich senken und ein Blick ins eigene Herz uns Menschen des Abendlandes Wegweisung, Kraft und Orientierung geben. Denn nach Erneuerung verlangen die Ziele, mehr noch die Methoden auch unserer westlichen Politik.

Mehr oder weniger betonen alle Länder, Parteien und Gruppen des Abendlandes, daß sie auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, sei es nun